



Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

*Herrn Oberbürgermeister Peter Jung*

Es informiert Sie Anja Rohde  
Anschrift Rathaus Barmen  
42275 Wuppertal  
Telefon (0202) 563 66 36  
Fax (0202) 563 84 64  
E-Mail anja.rohde@stadt.wuppertal.de  
Datum 13.02.2015  
Drucks. Nr. VO/1191/15  
öffentlich

**Antrag**

---

Zur Sitzung am	Gremium
<b>04.03.2015</b>	<b>Hauptausschuss</b>
<b>09.03.2015</b>	<b>Rat der Stadt Wuppertal</b>

---

**Umsetzung des „Asyl-Kompromisses,, statt mehr Kapazitäten für Asylbewerber –  
keine weiteren Asylheime in Wuppertal  
Antrag der Fraktion PRO NRW / DIE REPUBLIKANER vom 10.02.2015**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie den folgenden Antrag der Fraktion PRO NRW / Die Republikaner auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung.

1. Der Rat der Stadt fordert von der Verwaltung die vollständige Umsetzung des „Asyl-Kompromisses“ vom 19. September 2014, indem die Asylanträge der Bürger von Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und Serbien für nichtig erklärt werden, da alle drei Staaten mittlerweile aus deutscher Perspektive sichere Drittstaaten sind. Auch alle anderen Nicht-EU-Staatsbürger im Stadtgebiet, deren Anträge auf Asyl abgelehnt sind, gehören schnellstmöglich in ihre Heimat zurückgeführt.
2. Das Freiwerden von Kapazitäten wird wahrscheinlich ausreichen, um tatsächliche Verfolgte im Sinne des Grundgesetzes im Stadtgebiet unterbringen und versorgen zu können. Sobald Punkt 1 erfolgreich umgesetzt sein wird, sind Verwaltung und Rat dazu angehalten, eine Neubewertung der Situation vorzunehmen. Die Schaffung von neuen Kapazitäten, wie beispielsweise in Vohwinkel geplant, ist möglichst zu unterlassen.
3. Der Rat der Stadt regt gegenüber Bundestag und Bundesrat an, gemäß bayerischer Landesregierung die Staaten Albanien und Montenegro und den international nicht überall anerkannten Staat Kosovo zu sicheren Drittstaaten zu erklären, um die Balkanhalbinsel nicht länger als Herkunftsgebiet von Asylbewerbern zu akzeptieren.



## **Begründung**

### Begründung des Antrags

Zu 1.: Da bundesweit nicht viel passiert ist infolge des „Asyl-Kompromisses“ vom 19. September 2014, der eigentlich für eine spürbare Entlastung sorgen sollte, muss der Rat der Stadt diesen Missstand und die häufig ausbleibende Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern gegenüber der Verwaltung anmahnen.

Zu 2.: Erst wenn im Stadtgebiet die Missstände im Asylwesen beseitigt sind, ist überhaupt erst über eine mögliche Erweiterung der Kapazitäten nachzudenken, die dann aber aller Wahrscheinlichkeit nach überflüssig sein wird.

Zu 3.: Es ist nicht nachzuvollziehen, weshalb Staatsbürger von EU-Beitrittskandidaten, die in einer mittlerweile komplett stabilisierten Region liegen, hierzulande Asyl gewährt bekommen sollen. Der Vorschlag der bayerischen Landesregierung an den Bund, die letzten (Noch)-nicht-EU-Staaten der Balkanhalbinsel zu sicheren Drittstaaten zu erklären, ist daher folgerichtig.

Mit freundlichen Grüßen

Claudia Bötte  
Fraktionsvorsitzende